

Demokratisierung der Medien

Eine demokratische Gesellschaft braucht eine lebendige Öffentlichkeit und Vielstimmigkeit der Diskussion. Medien tragen zur umfassenden Information sowie zur Meinungs- und Willensbildung bei – wenn die Pluralität gesichert ist und sich jede*r einbringen kann. Desinformationen (Fake News) und daraus resultierende Manipulationen der demokratischen Debatten müssen bekämpft werden.

Der Öffentlich-Rechtliche ist als Mediengrundversorgung für alle unentbehrlich. Der gesamtgesellschaftliche, demokratisch [sic] Auftrag muss erfüllt werden. Er muss technisch auf dem Stand veränderter Mediennutzungen sein, journalistisch hohe Qualität und gute Unterhaltungswerte liefern, als gemeinsame Plattform auftreten und erkennbarer werden.

Der Empfang der Öffentlich-rechtlichen muss für die Bürger*innen bezahlbar bleiben. Das öffentlich-rechtlichen [sic] Programmangebots darf nicht kommerzialisiert werden. Öffentlich-rechtliche Sender geraten unter Druck von Quoten oder parteilichen Mehrheiten im Rundfunkrat. Kritische Berichterstattung und Qualitätsjournalismus werden so erschwert. Für Journalist*innen in den privaten Printmedien wird der Meinungskorridor eng: Ihre Arbeitsplätze hängen von Gewinn und Werbeeinnahmen ab. Ohne Unterstützung und Kontrolle durch die Öffentlichkeit besteht die Gefahr, dass die Medien selbst zur Aushöhlung der Demokratie beitragen.

Eine Anpassung des Urheberrechts an die veränderten Bedingungen der Verbreitung von Musik, Texten, Bildern und Filmen sowie bei Bildung, Forschung und Wissenschaft im digitalen Zeitalter ist dringend erforderlich. Im Kampf um ein modernes Patent- und Urheberrecht geht es darum, Wissen produktiv weiterverwenden zu dürfen und das Recht auf Nutzung mit den Rechten der Schöpferinnen und Schöpfer geistiger Werke solidarisch in Einklang zu bringen. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit für Medien- und Filmemacherinnen und -macher.

- Digitalen [sic] Medien müssen Kommunikations-, Medien- und barrierefrei sein.
- Medienschaffende müssen vor Übergriffen, Verfolgung und Gewalt geschützt werden.
- DIE LINKE steht für ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem, in dem die festen und freien Beschäftigten mehr und die Verwaltungen weniger zu sagen haben.

- Die Sender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen transparent sein. Die Rundfunkräte müssen demokratisiert und quotiert werden. In den Redaktionsstatuten wird eine hohe Mitbestimmung der Beschäftigten verankert. Zuschauer*innen müssen dafür Mitspracherechte haben.
- Sozialleistungsbezieher*innen und Menschen mit Behinderungen, gemeinnützigen Einrichtungen u.a. müssen vom GEZ-Beitrag freigestellt werden.
- Produktionen, die die Rundfunkanstalten selbst produziert oder in Auftrag gegeben haben, sollen zeitlich unbegrenzt in den Mediatheken abrufbar sein.
- Ein Teil der Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag sollte dafür genutzt werden, um nicht-kommerzielle Angebote Dritter, die einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung, Kultur, Bildung und Information leisten, zu finanzieren.
- DIE LINKE setzt sich für eine echte Reform des Urhebervertragsrechts ein, die Urheber*innen und Urhebern den Rücken stärkt und das Leistungsschutzrecht der EU abschafft (vgl. Kapitel Europa und Digitalisierung)